



Konsequenzen und Perspektiven nach der Bundestagswahl 2009

Das Präsidium des SPD-Landesverbandes Niedersachsen hat sich auf seiner Klausursitzung am 16.10.2009 mit der Analyse des Bundestagswahlergebnisses beschäftigt und nachfolgend erste Aspekte festgehalten. Wir laden alle Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Parteimitglieder herzlich dazu ein, die Diskussion über die künftige politische Arbeit der SPD in Niedersachsen und im Bund vor Ort zu führen und ihre Beiträge in die innerparteiliche Diskussion einzubringen. Bei der Jahresauftaktklausur des Landesvorstandes im Januar 2010 werden wir die Diskussionsbeiträge zur Arbeit im Landesverband Niedersachsen zusammenführen und einen Vorschlag für die weitere Diskussion und die Arbeit der SPD in Niedersachsen entwickeln.

Für den Bundesparteitag im November in Dresden werden wir unsere niedersächsischen Vorstellungen für eine erfolgreiche Arbeit der Bundespartei formulieren und in die Diskussion einbringen.

Wahlergebnis im Bund und in Niedersachsen

Die SPD hat bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 das schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte eingefahren. 23% der Zweitstimmen sind ein nie da gewesener Schlag ins Kontor unserer Partei. Hinter diesem prozentualen Wert verbirgt sich der Verlust von rund 6 Millionen Zweitstimmen im Vergleich zur Bundestagswahl 2005. Die künftige Bundestagsfraktion wird aus 146 Abgeordneten bestehen und damit 76 Abgeordnete weniger umfassen als bisher. Mit diesem erheblichen Verlust an Abgeordneten und dem Verlust der Regierungsbeteiligung verlieren wir politische Gestaltungskraft. Gleichzeitig geht mit dem Wahlergebnis ein erheblicher Verlust an Finanz-, Personal- und Organisationskraft in Partei und Fraktion verloren.

Die SPD verliert dabei Wählerinnen und Wähler in alle politischen Richtungen. Insgesamt rund 2,1 Mio. Stimmen gingen an „Nichtwähler“ verloren. Weitere 1,1 Mio. Stimmen gingen an die Linkspartei verloren, gefolgt von Verlusten in Höhe von jeweils rund 870.000 Stimmen an Union und Grüne. Weitere 520.000 Stimmen gingen von der SPD zur FDP.

Untersuchungen über das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht zeigen, dass die SPD insbesondere bei den 18-24jährigen (-20%) und hier insbesondere bei den 18-24jährigen Frauen (-21%) dramatische Verluste zu verzeichnen hat. Bei Angestellten (-15%) und bei Arbeitern (-13%)

sind die Verluste bei den Berufsgruppen am höchsten. Nach einer Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen kann die SPD bei Gewerkschaftsmitgliedern 33,5% der Stimmen erzielen. Dies bedeutet einen Verlust von 13,7% im Vergleich zur letzten Bundestagswahl.

Auch in Niedersachsen erzielt die SPD das schlechteste Ergebnis der Wahlgeschichte und kann mit ihrem Abschneiden absolut nicht zufrieden sein. Dennoch haben wir mit 29,3% das beste Ergebnis der SPD-Landesverbände in den Flächenstaaten. Insgesamt 19 Abgeordnete (14 Direktmandate / 5 Listenmandate) werden die niedersächsische Landesgruppe im Bundestag bilden (BTW 2005: 27). Mit einem engagierten Wahlkampf, einer zunehmenden Koordinierung auf Landesebene und durch unseren niedersächsischen Einfluss in Berlin war es uns möglich, dieses Ergebnis zu erzielen. Ein wichtiger Baustein ist auch, dass die lokale Verankerung SPD in Niedersachsen fester ist als in anderen Bundesländern. Gleichzeitig sind wir als Landesverband vor neue Herausforderungen gestellt: Für die politische Arbeit in den kommenden vier Jahren ist besonders schmerzlich, dass der nördliche Bereich des Bezirkes Nord-Niedersachsen und des Bezirkes Hannover sowie der mittlere und westliche Bereich des Bezirkes Weser-Ems keine SPD-Bundestagsabgeordneten mehr stellt.

Wahldebakel nicht vom Himmel gefallen

Das historische Tief der SPD vom 27. September ist kein plötzlicher Einbruch, sondern spiegelt einen langfristigen Abwärtstrend seit der gewonnen Bundestagswahl 1998 wieder: Seit 1999 hat die SPD viele Wahlen verloren, mehrfach im zweistelligen Bereich. Die Regierungsmehrheiten in den wichtigen Bundesländern Niedersachsen (2003) und Nordrhein-Westfalen (2005) gingen verloren – ebenso wie bereits 1999 in Hessen, im Saarland und in Schleswig-Holstein (Sondersituation bei der Wahl von H.Simonis). Bei den Landtagswahlen 1999 in Hessen büßte die SPD 11, 1 Prozentpunkte ein. 2002 in Sachsen-Anhalt verbuchte die Landes-SPD ein Rekordminus von 15,9 Prozent. Spätestens mit den eklatanten Verlusten bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (-14,5 Prozent), Hessen (-10,3 Prozent) und der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein (-12,9 Prozent) war die „Ergebniskrise“ der SPD in den westdeutschen Ländern angekommen.

Vertrauensverlust und eingebüßte Glaubwürdigkeit

Die Zahlen zeigen, dass das Vertrauen in die SPD und ihre Problemlösungskompetenzen erodiert ist. Die Ursachen sind vielfältig. Den **einen** Grund für den Vertrauensverlust der Menschen in die Sozialdemokratie gibt es nicht. Es ist daher keine Zeit für schnelle und populistische Erklärungen, sondern Zeit für eine grundlegende Analyse der Regierungsarbeit der SPD. Sowohl die politischen Inhalte der SPD als auch deren

Vermittlung in der Außendarstellung unserer Partei müssen Gegenstand einer intensiven und offenen Analyse sein:

- Die Inhalte der Agenda 2010 und deren Umsetzung ab 2003 sind von Teilen der klassischen SPD-Wählerschaft nicht akzeptiert worden. Dies gilt insbesondere für die Reformen des Arbeitsmarktes („Hartz IV“). Es ist nicht gelungen, andere Teile des Agenda-Pakets wie das 4-Milliarden-Ganztagschulprogramm, die Schaffung von 200.000 neuen Krippenplätzen und erhebliche Fortschritte in der energetischen Gebäudesanierung als Erfolge der Agenda-Politik zu kommunizieren.
- Die von der rot-grünen Bundesregierung (und der Union und FDP im Bundesrat) durchgesetzten Sozialreformen haben die vorhandenen Abstiegs- und Existenzängste insbesondere in der Mittelschicht unserer Gesellschaft – und damit in einer Kernklientel der SPD – befördert. Die gesetzlichen Regelungen zum Schonvermögen beim ALG II und die Bezugsdauer des ALG I von in der Regel 12 Monaten (vom 50 bis 58 Lebensjahr von bis zu max. 24 Monaten) haben dem Anspruch der SPD als **der** Partei für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland geschadet. Das Alleinstellungsmerkmal als Interessenvertretung des „kleinen Mannes“ oder des „Normalverdieners“ hat gelitten. Nicht zuletzt deshalb wird der SPD von vielen Menschen eine „Identitätsentkernung“ attestiert. Es sollte innerhalb der SPD diskutiert werden, ob das Wahlziel von 1998 „soziale Gerechtigkeit **und** gesellschaftliche Innovation“ in Deutschland zu erreichen, in den Folgejahren nicht zu Ungunsten der Gerechtigkeitskomponente politisch ausgestaltet wurde.
- Zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat die SPD das Instrument der Leiharbeit politisch durchgesetzt. Es ist ihr bisher allerdings nicht gelungen, dafür Sorge zu tragen, dass Leiharbeit nicht vielfach als billiger Ersatz für reguläre Beschäftigungsverhältnisse missbraucht wird. Die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben einen Anspruch darauf, dass die SPD diesen Missbrauch nicht tatenlos hinnimmt.
- Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung im März 2007 („Rente mit 67“) ist auf Ablehnung in weiten Bereichen der (vor allem gewerkschaftlich organisierten) Arbeitnehmerschaft gestoßen. Dies gilt insbesondere dort, wo Menschen in körperlich schweren Berufen schon heute nur in seltenen Fällen mit 65 Jahren in Rente gehen. In den Augen dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer drückt die „Rente mit 67“ nicht die Wertschätzung und Anerkennung für ein langes und hartes Arbeitsleben aus, die von der Sozialdemokratie erwartet wird. Auch deshalb ist das Bemühen der SPD durch Instrumente des flexiblen Übergangs (u.a. geförderte

Altersteilzeit) zu gerechten Lösungen zu kommen, nicht von den Wählerinnen und Wählern honoriert worden. Dies gilt auch für die sozialdemokratischen Ziele für Vollbeschäftigung zu sorgen und einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Solange es der Sozialdemokratie nicht gelingt, das reale Renteneintrittsalter durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen, wird die „Rente mit 67“ weiterhin als schlichte Rentenkürzung wahrgenommen werden. Die SPD hat es nicht geschafft, eine glaubhafte politische Alternative zu formulieren, wie sie das Rentensystem auf Dauer an die Realitäten des Arbeitslebens anzupassen und sozial auszugestalten gedenkt. Solidarität in der Finanzierung und Beitragssicherheit müssen die Maßstäbe hierfür sein.

- Das Auftreten der SPD im Nachklang auf die Kampagne zur „Merkel-Steuer“ im Bundestagswahlkampf 2005 hat den Nimbus der SPD als Partei der Glaubwürdigkeit beschädigt: Die Ablehnung einer Mehrwertsteuererhöhung in der Wahlauseinandersetzung, um dann mit dem politischen Gegner eine Erhöhung um sogar 3 Punkte durchzusetzen hat zu enormen Vertrauensverlusten geführt. Dieser Vertrauensverlust wirkt bis heute nach.
- Eine Kommunikation unserer Reformen, die politische Projekte als alternativlos darstellt und in Sachzwanglogik argumentiert - ohne dabei die Menschen von unserem Weg zu überzeugen - scheitert. Deswegen kommt es bei künftigen Projekten darauf an, gesellschaftliche Mehrheiten von unserem Weg zu überzeugen. Gerade die notwendige Politik in der Krise, die auf einmal Unsummen freigesetzt hat, hat vielen Menschen gezeigt, dass doch Geld für Ausgaben da ist, wenn denn der entsprechende Wille in der Politik vorhanden ist.
- Die SPD sieht sich als Volkspartei der politischen Aufgabe gegenüber, die unterschiedlichen gesellschaftlich-politischen Identitäten der Menschen in unserem Land in ihrer ganzen Bandbreite ansprechen zu wollen und zu müssen. Die Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2006 hat deutlich gemacht, dass die SPD dabei die anspruchsvollste Integrationsaufgabe aller politischen Parteien in Deutschland zu leisten hat. Sie muss ihre Anschlussfähigkeit in den verschiedensten sozialen Milieus von den „etablierten Leistungsträgern“ bis zur „bedrohten Arbeitnehmermitte“ erhalten und wieder ausbauen, wie es in der Studie der Ebert-Stiftung heißt. In einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft ist dies eine stete Herausforderung. Bisher ist es nicht hinreichend gelungen, diese Herausforderung zu bewältigen. Die Stimmenverluste bei der Bundestagswahl 2009 in alle Richtungen des politischen Spektrums und in das Nichtwählerlager sind ein Beleg hierfür.

- Die SPD streitet seit 146 Jahren für mehr Solidarität in unserer Gesellschaft. Um überzeugen zu können, muss die SPD in ihrer Gesamtheit diese Solidarität auch selber glaubwürdig leben - und vor allem **vorleben**. Die Mitglieder der SPD haben einen Anspruch darauf, dass das politische Führungspersonal sich dem Grundsatz solidarischen Verhaltens verpflichtet fühlt, auch und insbesondere im Umgang miteinander. Dieser Gedanke der Solidarität untereinander muss künftig noch stärker betont und gelebt werden.
- Vertrauenskapital bei den Wählerinnen und Wählern, das nicht nur durch unsere Politik und deren Kommunikation, sondern auch durch den offensichtlichen Bruch von Wahlversprechen bei Koalitionsaussagen begangen wurde, ist nicht durch kurzfristigen Aktionismus, sondern nur durch eine kontinuierliche und überzeugende politische Arbeit der Repräsentanten der SPD über längere Zeiträume zu erarbeiten. Vertrauen in Personen und Programme muss reifen – zehn Parteivorsitzende in zwanzig Jahren zu „verschleiben“, hat einen solchen Prozess behindert.

Bundestagswahlkampf

Neben der Aufarbeitung der mittel- und langfristigen Ursachen des Wahlergebnisses gilt es auch die grundsätzliche Konzeption des Bundestagswahlkampfes 2009 gründlich zu analysieren:

- Das Wahlergebnis zeigt, dass ein reiner Verhinderungswahlkampf kein überzeugendes Angebot an die Wählerinnen und Wähler darstellt. Die Zuspitzung auf die Formel „Schwarz-Gelb verhindern“ hat nicht hinreichend Ausstrahlungskraft in die Wählerschaft entwickelt. Das „Schlechtmachen“ des politischen Gegners reicht den Wählerinnen und Wählern nicht aus – eine Lehre, die bereits der Europawahlkampf nahe gelegt hat. Die nötigen Konsequenzen sind für den Bundestagswahlkampf offenbar nicht gezogen worden. Den Menschen hat das entscheidende Argument gefehlt, warum wir in Deutschland eine starke SPD brauchen. Ein sozialdemokratisches Zukunftsprojekt war nicht erkennbar, auch wenn der Deutschlandplan in die richtige Richtung wies. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Darstellung von „Schwarz-Gelb“ als des vermeintlichen Endes des Sozialstaates in Deutschland nicht verfährt. Dies wird auch durch die Tatsache entsprechender konservativ-liberaler Wahlerfolge mit Landesregierungen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Hessen belegt. Notwendig ist vielmehr das stärkere Werben und Streiten für die eigenen politischen Inhalte und Konzepte.
- Dem SPD-Bundestagswahlkampf hat es 2009 an einer klar erkenn- und vermittelbaren Machtoption gefehlt. Der Verlust von 2,1 Mio.

Stimmen an das Nichtwählerlager zeigt, dass die Option einer Fortsetzung der Großen Koalition statt eines schwarz-gelben Regierungsbündnisses für SPD-affine Wählerinnen und Wähler nicht für eine ausreichende Mobilisierung am Wahlsonntag geeignet war. Die SPD wird nur dann als ernst zu nehmende politische Kraft wahrgenommen, wenn sie glaubhaft die Chance auf die Führung der Bundesregierung beanspruchen kann. Darauf wird in kommenden Wahlauseinandersetzungen zu achten sein.

- Der widersprüchliche Umgang mit der FDP einerseits als **der** Partei des neoliberalen Zeitgeistes und andererseits als möglicher Koalitionspartner war nicht vermittelbar – weder den Wählerinnen und Wählern noch den eigenen SPD-Mitgliedern. Nur ein von solchen Widersprüchen unbelasteter Wahlkampf sichert auch die Sprechfähigkeit der den Wahlkampf tragenden Genossinnen und Genossen vor Ort. Der Ausspruch, dass nur überzeugen kann, wer selbst überzeugt ist, gilt auch heute noch.
- Die fehlende Machtperspektive jenseits einer Großen Koalition hat dazu beigetragen, dass die Angriffe auf Angela Merkel nicht gewirkt haben. Nach vier Jahren Regierungszeit hatte Merkel zu viele Sympathiepunkte beim Wähler. In Verbindung mit einer fehlenden Machtperspektive konnte keine Alternative zur Kanzlerin dargestellt werden.
- Die SPD muss feststellen, dass ein von oben gut angelegter Wahlkampf mit starken Leitfiguren, starker Medienpräsenz, sozialpolitischen Akzentsetzungen und einem geschlossenen Auftreten der Gesamtpartei nicht ausreichend ist für eine Mobilisierung der SPD-Wählerschaft. Eine noch so handlungsfähige Wahlkampfzentrale vermag keine bindungs- und mobilisierungsfähige Mitgliedschaft vor Ort zu ersetzen. Künftige Wahlerfolge setzen deshalb voraus, dass der Stolz auf die eigene Partei und die Identifikation mit der SPD-Politik wieder ein fester Bestandteil in der SPD-Mitgliedschaft werden. Nur so ist die Selbstsicherheit im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern wiederzugewinnen, die der SPD in so vielen Wahlkampf die nötige Überzeugungskraft gegeben hat.

Konsequenzen im Bund und im Landesverband Niedersachsen

- Die SPD als Volkspartei bezieht ihre Stärke aus der Summe ihrer mobilisierten, überzeugten und handlungsfähigen Mitglieder. Nur mit einem hohen Identifizierungsgrad unserer Mitglieder mit Programm und Führungspersonal wird die SPD wieder zu alter Stärke zurückfinden. Dazu bedarf es einer Stärkung der sozialdemokratischen Identität. Die SPD muss sich mit ihrem Politikangebot auf

die linke Mitte der Gesellschaft konzentrieren. Sie besteht aus Menschen, die arbeiten oder gearbeitet haben (Rentner). Und sie besteht aus jungen Menschen, die arbeiten wollen – aber nicht unter neoliberalen Bedingungen. Sie wollen, dass Leistung anerkannt wird. Sie wollen aber auch, dass es gerecht zugeht in dieser Gesellschaft und den weniger Leistungsfähigen und Kranken unter die Arme gegriffen wird. Sie wollen eine solidarische Gesellschaft – keine „Börsengesellschaft“, die sich nur tatsächlichen oder vermeintlichen ökonomischen Sachzwängen unterordnet. Die SPD muss durch Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik auf der Höhe der Zeit wieder die Partei des Fortschritts, für sozialen Aufstieg und für die Sicherung des erarbeiteten Lebensstandards sein.

- Die SPD muss ihre Oppositionsrolle offensiv annehmen und mit einem klaren Profil für eigene Standpunkte werben. Deswegen brauchen wir keine Koalitionsdebatten in der Opposition, sondern einen Diskurs über sozialdemokratische Identitätspunkte, einen klaren sozialdemokratischen Weg in die Zukunft und über sozialdemokratische Stärke. Alle anderen Parteien sind dabei demokratische Mitbewerber, mit denen wir die Auseinandersetzung um Inhalte und Ziele suchen. In Zukunft muss gelten: Bis zum Wahltag kämpft die SPD für sich und nicht für Koalitionen. Frühzeitige Positionierungen oder negative Koalitionsaussagen führen in der Realität des Fünf-Parteien-Systems in die Sackgasse und lenken von Inhalten ab. Nach der Wahl wird entschieden, in welcher Konstellation es die besten Möglichkeiten gibt, um sozialdemokratische Politik umzusetzen.
- Die Identifizierung der Mitglieder der SPD mit „ihrer“ Partei hat in den vergangenen Jahren gelitten. Ein Grund hierfür ist die Umkehrung der innerparteilichen Willensbildung von oben nach unten, wie sie in den vergangenen Jahren zu häufig stattgefunden hat. Es muss wieder deutlicher werden, dass die innerparteiliche Willensbildung im Ortsverein beginnt und beim Parteivorstand endet – nicht umgekehrt. Klar muss auch sein: die innerparteiliche Meinungsbildung findet in den nach dem Organisationsstatut vorgesehenen Gremien der Partei statt und wird dort nicht bloß nachvollzogen. Die Attraktivität der SPD und ihre positive Ausstrahlung in die Gesellschaft hängen unmittelbar mit demokratischen und nachvollziehbaren Willensbildungsprozessen in der Partei und ihren einzelnen Gliederungen zusammen. Nur wer sich darauf verlassen kann, mit seiner politischen Arbeit vor Ort auch Einfluss auf die politischen Diskussionen in der SPD nehmen zu können, wird auf Dauer für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen sein.
- Gerade für die jungen Menschen, die auch in den letzten Monaten ihren Weg zur Sozialdemokratie gefunden haben, brauchen wir neue Wege der Partizipation an politischen Prozessen. Dem Internet

kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Die Art und Weise des politischen Engagements hat sich in der jungen Generation geändert. Mit einem Onlinebeirat der SPD Niedersachsen werden wir nach neuen Wegen suchen, diesem geänderten Engagement Rechnung zu tragen.

- Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der nächsten Jahre muss die Rückeroberung des verlorengegangenen Vertrauens bei den Wählerinnen und Wählern stehen. Programm und Personal der SPD müssen dieser Zielsetzung entsprechen. Um dieser Herausforderung zu begegnen, muss die SPD in Niedersachsen zukunftsfähige Strukturen für ihre Parteiarbeit entwickeln. Nicht zuletzt veränderte Rahmenbedingungen (Mitgliederrückgang, verminderte Finanzmittel) machen einen Reformprozess zwingend notwendig. Dieser erfolgt nicht um seiner selbst Willen, sondern mit dem klaren Ziel bei den Kommunalwahlen 2011 und den Landtags- und Bundestagswahlen 2013 mit einer kampagnefähigen Mitgliederpartei an die Wahlerfolge der Vergangenheit anknüpfen zu können. Die ersten erfolgreichen Reformschritte sind mit den Beschlüssen des Landesparteitages 2009 eingeleitet und umgesetzt worden. Dabei steht für die SPD in Niedersachsen fest: Wahlerfolge setzen eine handlungsfähige Parteizentrale ebenso voraus, wie eine Präsenz in der Fläche unseres Landes. Nur wenn die SPD vor Ort für Bürgerinnen und Bürger erlebbar und ansprechbar ist und bleibt, wird sie ihrem Anspruch als Volkspartei gerecht. Eine nahezu ausschließliche Konzentration der Parteiressourcen in Hannover oder Berlin kann nicht die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen an die Parteistrukturen sein. Die SPD in Niedersachsen ist überzeugt, dass die Landtagswahlen 2013 nur über starke SPD-Kommunen und die Bundestagswahlen nur über starke SPD-Länder zu einem sozialdemokratischen Erfolg gemacht werden können.
- Aufgrund des Bundestagswahlergebnisses steht die SPD in Niedersachsen vor der Herausforderung insbesondere im Bezirk Nord-Niedersachsen, aber auch in den Bezirken Hannover und Weser-Ems, eine Präsenz und Anbindung vor Ort sicherstellen zu müssen, da dort verschiedene Wahlkreise nicht durch eine SPD-Bundestagsabgeordnete oder einen SPD-Bundestagsabgeordneten vertreten sind. Der Landesvorstand wird daher in Abstimmung mit der Landesgruppe und den leitenden Geschäftsführern der Partei Lösungsvorschläge entwickeln, die diese Problematik aufgreifen. Es darf nicht zu „weißen Flecken“ kommen, die politisch abgehängt und ohne Betreuung sind.
- Unser besonderes Augenmerk muss der Vorbereitung der niedersächsischen Kommunalwahlen im Herbst 2011 gelten. Mit dem Kommunalkongress im November 2009 steigen wir in die Vorbereitung dieser wichtigen Wahl ein. Der Landesparteitag im Mai 2010 wird zentrale kommunalpolitische Zielsetzungen der SPD in

Niedersachsen beschließen. Die Kommunalpolitik ist die eigentliche Basis der Vertrauensarbeit für die SPD mit und für die Menschen. Eine bürgernahe und erfolgreiche Kommunalpolitik ist daher eine unabdingbare Voraussetzung zur Wiedererlangung des Vertrauens der Menschen in die Sozialdemokratie. Die SPD in den Städten, Gemeinden und Landkreisen in Niedersachsen will die rund 7.000 kommunalen Mandate im Land im Jahre 2011 behaupten und ausbauen. Dort wo Wahlen für Bürgermeister oder Landräte anstehen, wollen wir, dass die Rat- und Kreishäuser von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geleitet werden.

- Deshalb muss die bessere Verzahnung der Handlungsebenen fortgesetzt werden. Der Anspruch der SPD, eine Politik aus einem Guss zu formulieren, sollte mit noch mehr Ehrgeiz verfolgt werden. So kommen wir zu einer klaren und einheitlichen sozialdemokratischen Linie in den Kommunen, im Land und im Bund - und schärfen unser Profil. Daher sollten die Funktions- und Mandatsträger der SPD in Niedersachsen intensiver miteinander ins Gespräch kommen, um als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten noch mehr von dem Wissen und den Fähigkeiten jedes Einzelnen zu profitieren. Einen Beitrag hierzu werden die verschiedenen Foren im Jahre 2010 leisten, die zu den Politikfeldern Arbeit, Umwelt, Wirtschaft und Soziales eingesetzt oder fortgeführt werden. Mit diesen Foren werden wir auch die Bürgerinnen und Bürger an der Formulierung sozialdemokratischer Politik beteiligen.
- Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen 2011 und darüber hinaus setzen engagierte und qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten voraus. Wir wollen für unsere Listen geeignete und motivierte Genossinnen und Genossen gewinnen. Aus diesem Grund kommt als ständige Aufgabe der Gewinnung und Qualifizierung unserer Kandidatinnen und Kandidaten eine herausragende Rolle zu. Der SPD-Landesverband Niedersachsen wird deshalb zeitgleich mit dem Kommunalkongress 2009 die Nachwuchsakademie Niedersachsen starten. Vielfältige Bildungs- und Qualifizierungsangebote sollen als Angebot für ehren- und hauptamtliche Kandidaten zur Verfügung stehen. Wir wollen in der Nachwuchsakademie die vielfältigen Kenntnisse und Potenziale der politischen Bildungsarbeit unserer Partei unter einem Dach vereinen und somit ein breites und attraktives Angebot für unsere Mitglieder vorhalten. Hierin liegt ein Schlüssel für künftige Wahlerfolge.